

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Im Spannungsfeld zwischen Arbeitsplatzsicherung und Überfremdung

Gedanken vor der Maifeier des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) zum «Tag der Arbeit» – Wandel des wirtschaftlichen Umfeldes

(G.M.) – Nach der seinbar unauffälligen Aufwärtsentwicklung, wie sich die Wirtschaft in unserem Land noch vor einem Jahr präsentierte, ist relativ rasch eine gewisse Ermüderung bei der Betrachtung der kurz- bis mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven eingetreten. Die Abkühlung der Konjunkturlage ist auch hierzulande spürbar geworden, die Perspektiven für die Weltkonjunktur sind gedämpft. Während in der Vergangenheit die Hauptsorge des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) der Überfremdung am Arbeitsplatz galt, dürfte derzeit und wahrscheinlich noch für einige Monate die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen.

In diesem Spannungsfeld zwischen Arbeitsplatzsicherung und Überfremdung am Arbeitsplatz hat sich der LANV in einer nicht einfachen Wirtschaftssituation zu bewegen. Einen Eindruck über diese schwierige Lage vermittelte die vor wenigen Wochen stattgefundenen Delegiertenversammlung des Arbeitnehmerverbandes, als LANV-Präsident Alfons Schädler einerseits festhielt, dass sich die «wirtschaftliche Schönwetterlage in unserem Land in den letzten Monaten doch ganz beachtlich verändert» habe und seiner Sorge über die Kurzarbeit in einigen Betrieben sowie über weitergehende Stellenreduktionen in Unternehmen mit konjunkturellen oder strukturellen Schwierigkeiten Ausdruck gab. Auf der anderen Seite sprach er sich in Fortsetzung der LANV-Politik gegen die zunehmende Überfremdung am Arbeitsplatz aus und stellte die Frage in den Raum, ob ein wirtschaftliches Wachstum wie in den vergangenen Jahren überhaupt erstrebenswert sei.

Sicherung der Arbeitsplätze

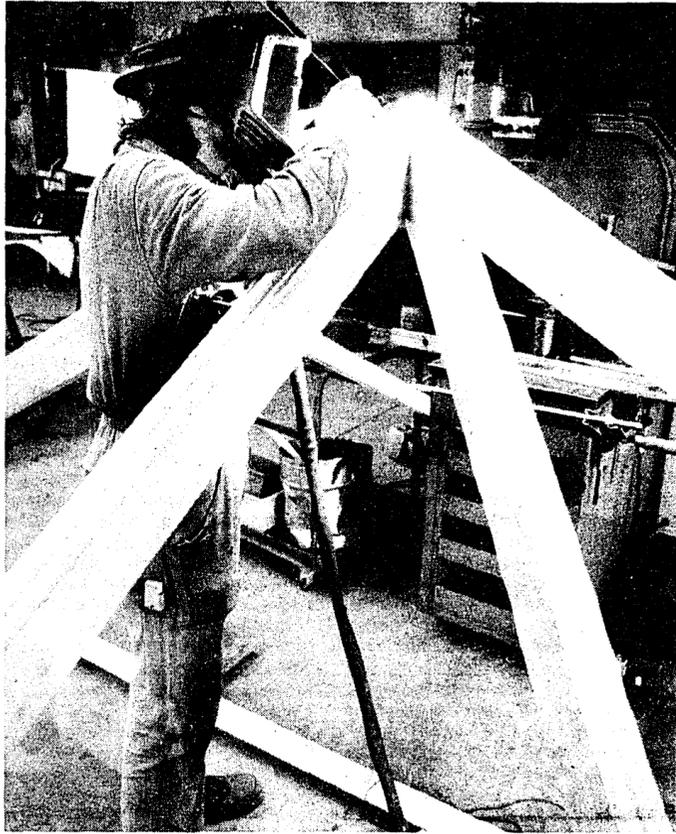
Möglicherweise muss der LANV in den nächsten Monaten das Schwergewicht seiner Aktivitäten auf die Sicherung der Arbeitsplätze legen, wenn noch mehr Betriebe als erste Massnahme im Umfeld einer fast weltweiten Konjunkturabkühlung für einen Teil der Belegschaft Kurzarbeit verfügen oder unter dem Stichwort der Umstrukturierung einzelner Produktionszweige vorzeitige Pensionierungen und Entlassungen vornehmen. Als gewerkschaftlicher Verband, der allerdings nur rund 15 Prozent der Arbeitnehmer als Mitglieder hinter sich weiss, dürfte der LANV eine harte Strecke zurückzulegen haben, wenn er die Gegensätzlichkeiten von Arbeitsplatzhaltung und Abbau der Überfremdung am Arbeitsplatz unter einen Hut bringen sollte. Hinzu kommen die Probleme mit der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes, der eine vermehrte Freizügigkeit der Arbeitnehmer vorsieht und vor allem auch die sozialen Errungenschaften unserer Arbeitnehmer tangieren könnte. «Wir werden uns gegen jeden Abbau in sozialpolitischer Hinsicht entschieden zur Wehr setzen, denn die sich eventuell ergebenden nachteiligen Auswirkungen eines Anschlusses an den europäischen Wirtschaftsraum dürfen auf keinen Fall auf dem Buckel der Arbeitnehmer ausgetragen werden», betonte an der letztjährigen Mai-Feier LANV-Sekretär Eugen Büchel.

Das starke wirtschaftliche Wachstum aller Branchen in unserem Land verlangte in den letzten Jahren nach immer mehr Arbeitskräften, die jedoch aufgrund des ausgetrockneten Arbeitsmarktes und der restriktiven Zulassungspolitik der Regierung im Bereich der Jahresaufenthalter im Inland nicht rekrutiert werden konnten. Als Ausweichmöglichkeit bestand nur der vermehrte Einsatz von Grenzgängern aus Österreich und der Schweiz, was aus volkswirtschaftlicher Sicht von Fachleuten als problematisch bezeichnet wird.

Probleme der Überfremdung

Der LANV, der angesichts eines Anteils von 60 Prozent Ausländern an den liechtensteinischen Arbeitsplätzen schon seit Jahren gegen die Überfremdung am Arbeitsplatz ankämpft, sieht sich in diesem Bereich mit den Versprechungen der Regierung konfrontiert, die bisher nicht

über verbale Modelle hinaus gediehen sind. Bevor die Regierung ihre strukturpolitischen Vorstellungen bekanntzugeben bringt, könnte sich aus konjunkturellen Gründen eine Entschärfung auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen. Allerdings dürften Entlassungen oder vorzeitige Pensionierungen nicht in erster Linie jene wirtschaftspolitischen Hilfsmittel sein, die vom LANV seit Jahren zur Beruhigung der Wachstumssituation gefordert werden. Aus diesem Grund ist der LANV gerade jetzt in besonderem Mass herausgefordert, seine Vorstellungen bekanntzugeben.



Wie sieht die Zukunft unserer Arbeitnehmer aus? Am «Tag der Arbeit» besteht eine Möglichkeit, wieder einmal über unsere Wirtschafts- und Strukturpolitik nachzudenken. (Bild: Roland Korner)

über verbale Modelle hinaus gediehen sind.

Entschärfung der angespannten Lage?

Bevor die Regierung ihre strukturpolitischen Vorstellungen bekanntzugeben bringt, könnte sich aus konjunkturellen Gründen eine Entschärfung auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen. Allerdings dürften Entlassungen oder vorzeitige Pensionierungen nicht in erster Linie jene wirtschaftspolitischen Hilfsmittel sein, die vom LANV seit Jahren zur Beruhigung der Wachstumssituation gefordert werden. Aus diesem Grund ist der LANV gerade jetzt in besonderem Mass herausgefordert, seine Vorstellungen bekanntzugeben.

Bevor die Regierung ihre strukturpolitischen Vorstellungen bekanntzugeben bringt, könnte sich aus konjunkturellen Gründen eine Entschärfung auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen. Allerdings dürften Entlassungen oder vorzeitige Pensionierungen nicht in erster Linie jene wirtschaftspolitischen Hilfsmittel sein, die vom LANV seit Jahren zur Beruhigung der Wachstumssituation gefordert werden. Aus diesem Grund ist der LANV gerade jetzt in besonderem Mass herausgefordert, seine Vorstellungen bekanntzugeben.

Viele Pendenzen beim Landgericht

Beim Landgericht in Vaduz konnten im vergangenen Jahr nicht alle Geschäftsfälle wunschgemäss erledigt werden. Wie aus dem Bericht über die Justizpflege hervorgeht, konnten durch das Landgericht zwar in einzelnen Geschäftsberichten ein Teil der Pendenzen abgebaut werden, doch äussert das Obergericht als Aufsichtsorgan zum Teil kritisch über ungenügende Erledigung.

Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, waren 1990 beim Landgericht 674 streitige Zivilverfahren hängig, wovon 460 erledigt wurden, während 214 Fälle hängig verblieben. Vormundschaften und Pflegschaften wurden 879 registriert, wovon allerdings nur 114 erledigt werden konnten, der Grossteil von 765 Fällen jedoch verblieben.

Eine sehr hohe Zahl von Exekutionsverfahren musste durch das Landgericht bearbeitet werden. Allein 3 396 Zahlbefehle wurden registriert, dazu 3 903 bewilligte Fahrnispfändungen und 955 angeordnete Fahrnisversteigerungen, Edite und Beitritte. Neben einer Reihe anderer Geschäfte, die unter dem Titel Exekutionsverfahren laufen, sind 343 Lohn- und andere Forderungspfändungen, 48 Liegenschaftsversteigerungen und 2 385 Auszüge aus dem Pfändungsregister (Interessennachweise) enthalten.

Die Zahl der Konkursverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr auf 722 (1058) zurückgegangen, von denen 609 (985) erledigt werden konnten, jedoch 113 (73) zurückblieben.

Rechtshilfe in Zivilsachen wurde 723 mal beantragt, Rechtshilfe in Strafsachen wurde – unter Einschluss der Ermittlungersuchen – 212 mal verlangt.

Voruntersuchungen in Verbrechen- und Vergehensfällen mussten in 609 Fällen durchgeführt werden, wovon 540 Fälle erledigt werden konnten und nur 69 Fälle anhängig blieben.

Schweizer Kriminalität auf Höchststand

Zahl der Delikte stieg 1990 um 7,1 Prozent – Markant mehr Diebstähle

Bern (AP) Die Kriminalität hat in der Schweiz einen neuen Höchststand erreicht. Im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Delikte um 7,1 Prozent auf über 335 000 zu. Markant stieg die Zahl der Diebstähle. Doch auch die Gewaltanwendungen gegen Menschen mehren sich, wie Bundesanwalt Willy Padrutt am Montag bei der Präsentation der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) feststellte. In der Bekämpfung des Drogenhandels müsse der Bund seine Tätigkeit künftig weiter verstärken.

Noch nie verzeichnete die PKS, die zum neunten Mal die Anzeigen der Polizei

zeigten zusammenfasst, derart viele Delikte: 1990 waren es 335.386. Damit wurde der bisherige Höchststand aus dem Jahre 1983 um 2,9 Prozent übertroffen.

Markant nahmen 1990 die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben zu, die insgesamt 1,1 Prozent aller Delikte ausmachten. Augenfällig war dabei die Zunahme der vorsätzlichen Tötungen um 44,6 Prozent auf 214 und der Nötigungen um 102,0 Prozent auf 719, wie die Bundesanwaltschaft schreibt. Auch die Fälle von Freiheitsberaubung und Entführung nahmen um 29,7 Prozent auf 118 zu, wobei es sich bei nahezu einem Fünftel der Entführten um Scheidungskinder handelte. Geradezu sprunghaft stieg die Zahl der Geiselnahmen, und zwar um elf auf 13. Auch die Zahl der Notzuchtsdelikte stieg um 19,7 auf 428.

Zahlenmässig dominieren im Straftatenkatalog weiterhin die Eigentums- und Vermögensdelikte, die im vergangenen Jahr 96,7 Prozent der polizeilich registrierten Straftaten ausmachten. Das weitaus häufigste Delikt sind Diebstähle, deren Zahl im vergangenen Jahr insgesamt um 10,2 Prozent auf 208.287 stieg. Die Bundesanwaltschaft führt diese Zunahme unter anderem auf die Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen zurück. Dazu kamen 101.565 Fahrzeugdiebstähle, deren Zahl um 1,7 Prozent zunahm.

Rückläufig waren im vergangenen Jahr die Fälle von Körperverletzung, Betrug, Unzucht, Brandstiftung sowie Gewalt und Drohungen gegen Behörden und Beamte.

5-Tage-Woche an Churer Schulen

Chur (spk) Die Schülerinnen und Schüler der städtischen Churer Schulen sollen ab Schuljahr 1992/93 jeden ersten Samstag im Monat schulfrei erhalten. Das beantragt der Schulrat aufgrund einer Umfrage bei Eltern, Jugendorganisationen und Lehrern. Da die Kompetenz der Einführung in städtischen Gesetzen nicht geregelt ist, muss das Volk an der Urne dazu Stellung nehmen.

Stadtrat Christian Aliesch und der Direktor der Churer Stadtschulen Franz Tscholl präsentierten an einer Medienorientierung am Montag in Chur die Ergebnisse einer Umfrage unter den Eltern im März letzten Jahres. Danach sprachen 42,9 Prozent für eine vollständige 5-Tage-Woche aus, 56,2 Prozent waren dagegen.

Churer Bischof im Mittelpunkt

Treffen der Schweizer Bischöfe mit dem Papst in Rom

Vatikanstadt (spk/dpa) Ein zweitägiges Treffen zwischen allen Schweizer Bischöfen und Papst Johannes Paul II. hat am Montag im Vatikan begonnen. In Kirchenkreisen wird davon ausgegangen, dass im Mittelpunkt der Begegnung die Kontroverse um den Bischof von Chur, Wolfgang Haas, steht.

«Nur wo eine Gemeinschaft mit ihrem Bischof im Glauben eins ist, ist auch die Einheit der Kirche verwirklicht», erklärte das Oberhaupt der katholischen Kirche in seiner Eröffnungsansprache. Die Schweizer Bischöfe sind erstmals zu einer solchen Konferenz in den Vatikan geladen worden.

Papst Johannes Paul II. wiederholte seine Mahnung, die er anlässlich seiner Pastoralvisite in der Schweiz im Juni 1984 in Lugano ausgesprochen hatte, es dürfe «keine Ortskirchen ohne tiefe Übereinstimmung mit dem Petersitz in Rom» geben. Die 1990 erfolgte Ernennung von Bischof Haas, der als äusserst konservativ gilt, hatte die Beziehungen zwischen den Katholiken in der Schweiz und dem Vatikan schwer belastet. Der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Joseph Candolfi, hatte Haas aufgefordert, «das zerbrochene Vertrauen wiederherzustellen» oder seinen Rücktritt zu erklären. Das Aussenministerium in Bern hatte vom Vatikan die Einhaltung demokratischer Prinzipien bei der Bischofswahl gefordert.

Nach der Ernennung von Haas war es zu Protestkundgebungen mit Tausenden von Gläubigen gekommen, bei denen un-

ter dem Motto «Wir schweigen nicht» gegen Haas demonstriert worden war. Im Mai 1990 hatten zahlreiche katholische Priester mit einem Glockengeläut gegen die Entscheidung des erst kurz zuvor ernannten Haas protestiert, den Generalvikar für den Kanton Zürich, Gebhard Matt, nicht weiter im Amt zu belassen.

In seiner einleitenden Rede vor den Bischöfen aus der Schweiz kündigte Papst Johannes Paul II. an, die Ergebnisse der am Dienstag zu Ende gehenden Beratungen würden veröffentlicht, «denn wir werden alle gemeinsam dafür verantwortlich sein».

Seitens der Bischofskonferenz hatte es im Vorfeld des Treffens geheissen, mit dem Papst solle über die pastorale Situation in der Schweiz und vor allem im Bistum Chur gesprochen werden. Die erstmalige Aussprache dieser Art zwischen den Schweizer Bischöfen und dem Papst folgt knapp ein Jahr auf die Einsetzung von Wolfgang Haas als Bischof von Chur.

Das Treffen der Schweizer Bischöfe mit dem Papst, an dem auch Haas teilnimmt, ist das vorläufig letzte in einer Reihe von ähnlichen Zusammenkünften, die Johannes Paul II. zur Lösung von Problemen der katholischen Kirche in verschiedenen Ländern einberufen hat. So hatte der Papst in den vergangenen Jahren Aussprachen mit den Bischöfen der Niederlande, Brasiliens und der USA geführt.

PTT planen erneut Preiserhöhungen

Bern (spk) Die bei den PTT vorgeschlagenen Preiserhöhungen werden nicht ohne weiteres am Preisüberwacher vorbeigehen. Da die PTT ihre Preise schon am 1. Mai 1989 und am 1. Februar 1991 heraufgesetzt habe, werde ein erneuter Antrag «sehr genau überprüft» werden, sagte Preisüberwacher Odilio Guntern. Bei den PTT wurden die Preispläne teilweise bestätigt.

Robert Neun, Pressesprecher der PTT, bestätigte am Montag gegenüber der spk, dass vorgeschlagen wurde, die Pakettaxen Anfangs 1992 um 30 Prozent (und nicht um 40 Prozent) zu erhöhen. Auch die Verteuerung des Expressbriefzuschlages von 5 auf 8 Franken sei vorgeschlagen worden. Was die Telefontarife betreffe, stünde eine Erhöhung und eine Tarifzonen-Zusammenlegung zur Diskussion. In welcher Höhe die Telefontarife heraufgesetzt werden könnten, steht laut Neun noch nicht fest. Gewiss sei, dass rund 150 Mio Franken Mehreinnahmen beim Telefon benötigt werden. Ein entgeltlicher Entscheid sei noch nicht gefallen.

Das Dossier müsse auf jeden Fall beim Preisüberwacher vorbei, bevor der Bundesrat entscheide, sagte Guntern am Montag gegenüber der spk. Am Montag hatte er das Dossier noch nicht erhalten. Der bisher unveröffentlichte Bericht der PTT-Generaldirektion soll in den nächsten Tagen den Mitgliedern der Konsultativen Kommission zugestellt werden. Diese Kommission aus Wirtschafts- und Konsumentenvertretern soll das rund 20 Seiten starke Papier zur Sanierung der PTT-Finzen diskutieren.